

# Erwähler-Beitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Festtagen. Preis pro Woche 1 Sgr. 3 Pf. Inseerat pro Vierteljahr 2 Sgr. Dieselben gehören Abonnenten hier, welche die Kreisler-Beitung früh Morgens postlich zu erhalten wünschen, zahlen wöchentlich 3 Pf. Wochenlohn. Auswärts Preiszeit beträgt man sich an die postlich beizugewinnenden Postämter, im Uebrigen an die bekannten Expeditionen der des Verlags verlässigen Zeitungen zu wenden.

Nr. 204.

Berlin, Donnerstag, den 4. September.

1851.

## Nichts und Alles.

Die von einigen Zeitungen bereits erwähnte Nachricht bestätigt sich: der Bundestag soll wirklich ernstlich gesonnen sein, der gesammten deutschen Presse zu verbieten, irgend einen Bericht über Bundestags-Sitzungen zu veröffentlichen.

Also auch dieser bescheidene Senus soll dem deutschen Volke nicht vergönnt sein.

Wärelich, einen deutschen Bundestag haben ist an sich schon genug; diese höchste Autorität Deutschlands aber in steter Berathung um das Heil Deutschlands zu wissen, und von ihren Wichtigkeiten nichts berichten zu dürfen, ist wahrhaft traurig.

Zwar müssen wir anerkennen, daß der Entschluß des hohen Bundestages äußerst weise ist. Die allerhöchste Autorität kann sicher nicht umhin, der Autorität des Höchsten nachzugeben. Da wir nun in göttlichen Dingen zwar den Rathschluß Gottes an den Tag kommen sehen, aber nicht von seinen Berathungen wahrnehmen, so ist es schon ganz Recht, daß auch der göttliche Bundestag hoch in einem unsichtbaren Himmel thronet, und von dort herab nur seine unabänderlichen Rathschlüsse bekannt mache.

Allein wenn schon einmal in sofern eine Abweichung stattfindet, daß die Oberpostamtis-Zeitung zu Frankfurt die Bibel des Bundestages sein soll, so können wir nicht umhin, das sterbliche Geschlecht zu ähneln, daß es menschlichen Augen vergönnt wäre, auch all die Weisheit der Berathungen durchschauen zu können.

Doch der Bundestag will's nicht, also müssen wir darauf verzichten.

Da nun fortan die Welt im Dunkeln leben und nur von Zeit zu Zeit von den Bundestagesen etwas erfahren soll, so wissen wir nichts andres, als daß wir uns aufs Abwärtsehen legen und schon im Voraus zu fragen versu-

chen, was da im Rache des Bundestages geschehen wird. Sprechen wir nun zuerst von der Organisation des hohen Bundestages.

Der hohe Bundestag zerfällt in hohe Commissionen. Die hohen Commissionen zerfallen in Berichterstattungen. Die Berichterstattungen zerfallen in solche für dringliche Angelegenheiten, für provisorische Angelegenheiten und für schwebende Angelegenheiten. Die dringlichen Angelegenheiten zerfallen in Abschlüsse, die die Aufgabe haben, vorzuschlagen, in welchen Gewässern die deutsche Flotte laivren? in solche, die die Anträge zu stellen haben, wo das Bundesheer Beobachtungen anstellen? und in solche, die vorzuschlagen haben, wo den Bundeswegen in die Einzelverfassungen eingegriffen werden soll? — Zu den provisorischen Angelegenheiten gehört z. B. die Frage, ob die Unterdrückung des Volksgesundes in Deutschland als Ausnahme-Gesetz, oder ob die alten Ausnahme-Gesetze zur Regel gemacht werden sollen. Zu den schwebenden Angelegenheiten gehört die Handelspolitik, die Holsteinische Frage und die ewige Abänderung der Bundesverfassung.

Die hohen Geschäfte des Bundestages werden in hohen Sitzungen erledigt, und zwar in Sitzungen des engeren Rathes, und in Sitzungen des hohen Namens. Die Sitzungen zerfallen in ordentliche, außerordentliche, in schließung zu berufende und in private Sitzungen.

Aber erst in den privaten Sitzungen geht die eigentliche Diplomatie los. — Sie gehören so eigentlich nicht zu den eigentlichen Dingen des eigentlichen Bundestages, aber eigentlich sind sie einzig und allein der eigentliche Bundestag. Hier bearbeitet heute die eine Großmacht eine ganze Masse Kleinmächte, während die zweite Großmacht sich im Häufigen Lacht, weil sie dieselben Kleinmächte schon gestern bearbeitet hat. Die mittleren Mächte reiten die diplomatische Balancir-Straße und gruppieren sich zur Großmacht, um den Großmächten zu imponiren.

— Da liegen sie nun in der geeigneten Fundgrube der diplomatischen Notenfabrik; denn über die Resultate der privaten Sitzungen gehen electro-magnetisch die telegraphischen Depeschen nach allen Ecken, und die Depeschen werden erläutert in Notizen und die Notizen in Denkschriften und die Denkschriften in staatsrechtlichen Abhandlungen und die staatsrechtlichen Abhandlungen geben erst recht Veranlassung zu privaten Sitzungen in den Organen der Central-Regierung Deutschlands, die endlich die Ferien des Bundestages eintreten, die dem Central-Organ Muße lassen, sich von den vorgehabten Arbeiten zu erholen und zu den kommenden zu stärken.

Inzwischen aber wird Deutschland von seinen Einzelregierungen gelenkt. Es wird ungenirt octroyirt, revidirt, disciplinirt und reactivirt. Hier werden die Stände von der Regierung, dort wird die Regierung von den Ständen gerettet. Hier protestirt die Verfassung gegen die Stände, dort protestiren die Stände gegen die Verfassung. Keiner will den Absolutismus und alle haben ihn. Indessen blähen die Schulden und wachsen die Steuern und jammern die Kammern; und in diesen Punkten ist Deutschland vollkommen einig.

Wenn aber dennoch irgend etwas Vernünftiges zu thun nöthig ist, so wird es in Conferenzen außerhalb des Bundestages vollbracht.

Als Preußen ehemals den Zollverein gründete, fanden die Beratungen nicht in Frankfurt statt. Als Preußen ehemals das literarische Eigenthum sichern — das heißt eigentlich eine Verheißung des Bundes erfüllen wollte, geschah es nicht im Sitz der Central-Regierung Deutschlands. Als Preußen das neue Wechselrecht schuf, fing es damit an, die Angelegenheit nicht vor die allerhöchste Autorität Deutschlands zu bringen. — Neue Postverträge werden nicht an der Quelle der deutschen Diplomatie geschlossen. Zollberatungen werden gepflogen, aber nicht im Orte, wo das hohe Bundespalais zu schauen. Auswanderungs-Angelegenheiten sollen geordnet werden, aber nicht vor dem Thron des Frankfurter Eisenbarungs-Palastes. Heimathrechte sollen durch Verträge festgesetzt werden, aber sie werden nicht geschlossen auf dem heiligen Berge der hohen Bevollmächtigten. Das Passatzenwesen soll geregelt werden, aber nicht durch die Beschlüsse der Einheit Deutschlands in der heiligen Eschenheimer Gasse. — Eisenbahnen und elektrische Telegraphen werden wirklich mehr und mehr Deutschland zu einem Staate umwideln, aber im engern Rathe und im weitern Altemum werden sie sich nicht darum kümmern.

Mit einem Worte: In allen Dingen, wo was Einheiliges geschehen ist, geschehen wird, kommt es nicht von Frankfurt. Hiernach siehst Du, mein verehrter Leser, daß es eigentlich sehr leicht ist, die gesammte Thätigkeit des Bundestages zu prophezeien, und obenein den Beschluß des Bundestages zu befolgen und nichts von seiner Thätigkeit zu verachten.

Ich prophezeie Dir nämlich von den Sitzungen des Bundestages: Nichts! und hiermit ist eigentlich Nichts vertragen und Alles prophezeit!

**Berlin, den 3. September.**

— Hr. v. Montevell wird am 6. d. zurückkehren.  
 † In Zülst ist eine von dem Prediger der dortigen freien Gemeinde, Herrendorfer, eingerichtete Schule geschlossen worden.  
 In Breslau wurde Heinrich Simon vorgelesen wegen Hochverrats in contumaciam zu lebenswärtiger Zuchthausstrafe verurtheilt.

Notzung ist den Kölner Behörden ausgeliefert worden. Der Prozeß gegen die Beschäftigten Dr. Becker, Heinrich Bünger, Dr. Daniels, Rothung und Dilo wird wahrscheinlich erst im nächsten Jahre zur öffentlichen Behandlung kommen.  
 Der Guttenbergverein in Mainz ist, obgleich er keine politischen Zwecke verfolgt, geschlossen worden.

Aus Sachsen erzählt die „Beilage“, daß die Volkzeibellonen, wenn sie Pässe angeben, in diese ganz unmerklich ein Zeichen setzen, aus welchem zu ersehen, ob der Passinhaber zu den sogenannten verdächtigen, und mithin zu überwachenden Persönlichkeiten gehöre oder nicht. Namentlich sollen die Pässe der Demokraten mit solchen hieroglyphischen Zeichen versehen werden.

In Baden sind am Gewerbestage des Großherzogs mehrere politische Gesetzentwürfe entlassen worden.

— In der Gewerbe-Kommision des Magistrates haben neuerdings sehr durchgreifende Veränderungen stattgefunden. Die Janungen sind nach einem ganz neuen Prinzip gruppiert und vertheilt, und haben der Regierung nach ausgleich neue Affectoren erhalten. Einige der bisherigen Affectoren sind ganz ausgeschieden, woran wohl die bisherigen Kämpfe nicht ohne Antheil blieben, da eine fremdige Amtsbekleidung unter ihrem Einflusse schwerlich geübt wird. Man hört übrigens gleichzeitig von höheren Veränderungen, welche in kurzer Zeit entscheidend in jene Kommitte eingreifen könnten.

— §. In Nr. 179 dieses Blattes machten die Kassendepu- tation der Tischlergesellschaft bekannt, daß die angezeigte Abjehung des Kassiers Hennies vom Magistrat nicht genehmigt worden, weil die Generalversammlung, in welcher die Abjehung beschlessen worden, ohne Zuziehung des Meisters abgehalten ist. Das Gesuch um Abhaltung einer notwendigen Generalversammlung in dieser Angelegenheit wurde nicht genehmigt.

Die Kassendepu- tation sind nun neuerdings beim Magistrat eingelommen und haben darauf anmerklich gemacht, daß Hennies bei dem Schupmanns-Wachmeister Brünning demnächst habe, daß der Zweck des Local-Vereins der Tischler nur die Beförderung des Socialismus und Kommunismus und anderer verbotener Bestrebungen gewesen sei. Um dies durch andere Bezeugen beweisen zu können, habe Hennies sogar eine Versamm- lung überwaht und dem zc. Brünning Bericht erstattet. Es wird in dem Ende auf die Akten des Königl. Polizei-Präsid, betreffend die deutsche Arbeitervereinerkennung des Berliner Bezirkes de 1849 Bezug genommen. Hennies habe zwar in der gerichtlichen Verhandlung in Abrede gestellt, Berichte ge- dachtet der erstattet zu haben, Brünning hat dem aber aus- drücklich widerprochen. Die Kassendepu- tation verlangen deshalb wiederholt die Entlassung des zc. Hennies, da sie nicht gefunden seien, einen Kassier zu behalten, der sich zu einem Demun- cation brauchen ließe u. s. w., der daher das zu einem solchen Amt nöthige Vertrauen nicht verdiene.

Darauf ist ihnen unterm 26. August vom Magistrat fol- gender Bescheid geworden: „Dem Depu- tation der Tischlergesell- schaft-Kasse gerichtet auf Ihre Eingabe vom 30. v. M. hier- durch zum Bescheide, daß Ihre genügende Gründe vor- liegen, dem Tischlermeister Hennies das Amt eines Kassiers abzunehmen.“

— Mit Genehmigung des Herrn Justiz-Ministers wird ge- genwärtig im Bureau des Justiz-Ministeriums ein literarisches

Werk vorbereitet, welches nicht allein für sämtliche Justizbedürfnisse, sondern auch in weiteren Kreisen ein besonderes Interesse zu gewähren verspricht. Es ist dies eine überflüssige Darstellung unserer gewöhnlichen Gerichtsverfassung, wie sich dieselbe nach der nunmehr vollendeten neuen Organisation gehalten hat, mit einer speziellen Angabe aller einzelnen Gerichte, der bei denselben angestellten oder beschäftigten richterlichen Beamten und Staatsanwälte, so wie der Rechtsanwalte und Notarien und der höheren Subalternbeamten.

— Die „**Wer. Btg.**“ erzählt: Ein hiesiger Fabrikant hatte den den polnischen Achgroßhändlern, welche sich im Verkehr mit 9 Egr. gelten, mehrere im Besitz, um davon Ausgaben zu bestreiten. Als er unter Anderem einen Wäschereien ihren Lohn mit 3 Thälern und einigen Groschen bezahlte und dieser Summe einige dieser Achgroßhändler beistimmte, so hat die arme Frau um anderes Geld, da sie hier bei jedem Achgroßhändler 1 Egr. verlieren und zu arm sei, um den Schaden tragen zu können. Nach und erhält sie darauf von dem Herrn die Antwort: Diese Frau, kaufen Sie sich bei mir Zuckerwerk, dann nehme ich schon die Achgroßhändler für 9 Egr. wieder ab.

— Die gemeinliche Deputation, aus 6 Deputirten des Magistrats und 6 Deputirten des Gemeinderaths bestehend, welche neulich Besuche nochmaliger Prüfung der Frage über die Erweiterung des Reichsbildes der Stadt Berlin beschloßen wurde, ist bereits zusammengetreten. — Der Magistrat wird sich an der Feier des 6. Septbr. (Schlacht bei Dennewitz) durch eine Deputation vertreten lassen.

— (Eingefandt.) In dem bekannten Streite zwischen Magistrat und Innungen ist die jetzt nirgends der Hauptpunkt klar hervorgehoben worden. Es ist das Vorgehen des Magistrats mit Verneinung des Innungen und Verneinung gegen die Innungen und deren Altmeister persönlich in einer Zeit, wo die Innungen beim Magistrat selbst zur Auszeichnung der Straßenzüge vorgelegt worden — aber noch keinen Bescheid erhalten hatten.

Nun ist es aber nach der Ansicht der Gerichte nichts weniger als, selbst den verurtheilten schwersten Verbrecher mit der Strafe zu belassen, sobald er gegen das Urtheil appellirt. Erst nachdem in letzter Instanz entschieden, tritt ihm die Schwere der gesetzlichen Strafe. Dieser gesetzlichen Strafe möchte das Verbrechen gegen unbescholtene (denn nur solche dürfen den Innungen angehören), durch die Entscheidung des Höchsten Ministeriums vollständig gerechtfertigte Bürger der Stadt — um so weniger entsprechend sein, wenn man erwaigt: daß das eigenmächtige Erheben der Höhe der Forderung an Verneinungsbefugnisse und deren Vertheilung dem Gesetze schmerzhaft entgegen ist. Ob die Innungen, welche zu solchem Verfahren nicht gleich freudigen Gehens Ja und Amen sagten, es verdienen, dem Höchsten Ministerium als Staats- und gemeindegerecht, als unethisch und von einem böswilligen sentimentalen Gesetze befreit bezeichnet zu werden — bedarf einer höheren Entscheidung.

— Papiergeld in Europa. Die Summe des genommenen Papiergeldes, welches in den europäischen Staaten cursirt, beträgt 1261,429,520 Thlr., wovon der bei weitem größte Theil auf die fünf Großmächte kommt. Es hat nämlich Island an Papiergeld 359 Mill. Thlr., Dänemark 300 Mill., Großbritannien und Irland (ohne die Colonien) 210 Mill., Frankreich 140 Mill., und Preußen 54 Mill. Es schließen sich hieran: der Kirchenstaat mit 25 Mill. Thlr., Portugal 25 Mill., Belgien 20 Mill., Sachsen 15 Mill., Neapel 15 Mill., Dänemark 15 Mill., Schweden 14 Mill., Niederlande 10 Mill., Sachsen 10 Mill., Lätien 10 Mill., Spanien 8 Mill., Anhalt-Deskau und Coblen 4,500,000 Thlr., Baden 4,500,000 Thlr., Meißne 3,000,000 Thlr., Hessen-Kassel 2,500,000 Thlr., Frankfurt 2,285,000 Thlr., Hessen-Darmstadt 2 Mill., Lübeck 2 Mill.,

Lezau 2 Millionen, Baireuth 1,700,000 Thlr., Baden 1,143,000 Thlr., Braunschweig 1 Mill., Sachsen-Geburg-Gotha 600,000 Thlr., Sachsen-Meinungen 600,000, Sachsen-Weimar 600,000, Anhalt-Bernburg 500,000 Thlr., Griechenland 500,000 Thlr., Mecklenburg-Schwerin 500,000 Thlr., Sachsen-Altenburg 500,000 Thaler, Preußen 300,000 Thaler, Ruß 300,000 Thlr., Hannover 200,000 Thlr., Schwarzburg-Rudolstadt 200,000 Thlr., Wälder 520 Thlr. — Die deutschen Staaten, welche kein Papiergeld haben, sind: Bremen, Hamburg, Pfortenstadt, Lippe-Deimold, Lippe-Schaumburg, Westfalen-Stadt, Oldenburg, Schwarzburg-Sondershausen und Hessen-Darmstadt; ferner sind folgende nicht deutsche Staaten in gleicher Lage: Schweiz, Norwegen, San Marino, Parma, Modena, Serbien und die Donaufürstenthümer.

— Am 28. v. M. wollte eine Frau, die bei ihrem Schwiegersohne in der Wilhelmstraße zu Besuch war, von einem an dem Fenster der Wohnung desselben angebrachten Blumenbrette ein Topfgeräth nach der Stube nehmen. Sie öffnete zu diesem Behufe das Fenster, fuhr auf das Fensterbrett, legte sich mit dem Oberkörper aber so weit aus dem Fenster, daß sie das Gleichgewicht verlor, auf das Blumenbrett und mit diesem in den angrenzenden 12 Fuß tief liegenden Garten fiel, wodurch sie eine lebensgefährliche Verletzung der Wirbelsäule erlitt. Sie ist nach dem Krankenhaus gebracht worden.

(Int. Bl.)

**Königsberg, 29. August.** Der „**Kön. Btg.**“ wird geschrieben: Der Besamtenmaeren-Fabrikant S. bis zum Sommer 1848 einschließender Demofrat, welcher sich plötzlich dem neu gebildeten Preußen-Verein an, wurde Mitglied des Vorstandes und als solcher bei dem letzten Ordensfeste mit dem Rothen Adler-Orden decorirt; als Mitglied der Schönen-Gilde verlangte S., daß die Gilde bei im Jahre 1848 gefälligen Paragraphen ihres Statuts, wonach „unparteiische Bestimmung Auslösung und der Gilde nach sich zieht,“ wieder aufgenommen solle; als die Gilde hierauf nicht einging, stiftete S. im Verein mit wenigen Mitgliedern der Gilde einen „Patriotischen Schönen-Bund“ im Sommer dieses Jahres, bei Gelegenheit des fünf-hundertjährigen Jubiläums der Gilde, wurde, um die Einzige seit wieder herzustellen, der betreffende Paragraph in das Statut wieder aufgenommen, gleichzeitig aber S. auf Grund dieses Paragraphen auf Auslösung aus der Gilde angeklagt, da eine Anzahl von glaubwürdigen und unbescholtenen Gilde-Mitgliedern erklärte, daß S. im Frühjahr 1848 die größten Belästigungen gegen das Königsberg in öffentlichen Versammlungen ausgeübt habe; nachdem der Vorstand der Gilde die That-sache schweigend, beschloß die gefällige General-Versammlung mit etwa 300 gegen 8 Stimmen, den S. aus der Gilde anzulösen.

**Aus Thüringen.** In Rudolstadt hat sich ein Comité zur Gründung eines Unterstüßungsvereins für die Kinder des zu einjähriger Haft verurtheilten ehemaligen Abgeordneten zum deutschen Parliamente, Regierungsraths Hünninger, gebildet. Hünninger ist vermögenslos und hat bei noch unergorenen Kinder.

**Weckenburg.** Das Zivilcollegium in Schwerin ist heute unter polizeiliche Aufsicht gestellt worden. Ein Schauspieler hatte am 31. August in der Hofe: „Der böse Geist Lumpenackergandus“ ein Lied eingeleitet, in welchem verschiedene eben erbauliche Dinge über den H. Cassenpflug und Großvater gesagt wurden. Es erfolgte ein suchbarer Appell und Dacapo-Anst, worauf der Theaterspieler erklärte, daß er noch viele dergleichen Dinge singen könne, daß er jedoch alsdann bekräftigen müße, nach Dreizehnen (Sängernamen) zu kommen. Tags darauf ging dem Theaterdirector ein Schreiben des Großherzoglichen Amtes zu, in welchem bewiesen bei Verlust der Konzession untersagt wurde, den Schauspieler wieder auftreten zu lassen und ihm zugleich die Anzeige gemacht ward, daß die

zur Verhütung fremdenlichen Vandalen beauftragt seien, bei öffentlichen Vorkommnissen den Vorkang sofort fassen zu lassen.

**Hamburg, 1. Sept.** Das hier für Dresden bestehende Werbereureau ist jetzt aufgelöst. Von Gängen sind für brasilianische Rechnung 13 Schiffe aufgeführt mit 2300 Mann angeworben worden, wovon 700 Müllerleuten und zwischen 2-300 Mann Dienerte, nebst 60 Offizieren sich befinden. Die meisten der angeworbenen Mannschaften waren ehemalige schleswig-holsteinische Militärs.

**Mün., 30. Aug.** Der Vikar Beyschlag ist mit seiner Familie vor einigen Tagen von seiner Vaterstadt Würzburg aus nach Nordamerika ausgewandert.

**Wiesbaden, 21. Aug.** Das demokratische Institut ist seines Seminars beraubt worden. Das Seminar ist confessionslos getrennt und der eine Theil nach Alßigen, der andere nach Montabaur verlegt.

**Wien, 2. September.** Die Wochenliste der kriegsgerichtlichen Verurtheilungen, die die W. B. briefveröffentlichung, ist diejenige worden sehr lang geworden, unter andern ist eine *Sy le g e s t r i a t i o n a g a t t i n* wegen Verleumdung im zweiten Grade zu dreimonatlichem Gefängnis verurtheilt.

Der Staatsveranschlag des österr. Staates für das im nächsten beginnende Verwaltungsjahr 1850 und 1851 ist so eben erschienen. Das Geforderte ist mit 277,029,527 Gulden angesetzt; zur Deckung sind 208,172,580 Gulden C. M. veranschlagt. Das Deficit beträgt demnach nach diesem offiziellen Ausweise nicht weniger als 68,856,947 Gulden.

Aus Furcht wird von neuen Verhaftungen berichtet, die in Folge sogenannter Demonstrationen von Russländern vorgenommen worden seien; von welcher Art diese Demonstrationen gewesen, was man daraus ablehnen, das unter andern am St. Stephanstage eine Gesellschaft verhaftet wurde, weil sich in dem Versammlungszimmer ein Bild Stephans fand, das mit *K o s t a s e ' s* Ägen *R e h a l i s k i* hat haben sollte.

**Schweiz, 1. Sept.** Heute hielt die Regierung in Neuchâtel eine längere geheime Sitzung, deren Gegenstand die vormalige Wallfahrt nach Baden und Hebronsöllen gewesen sein soll. Ob Verfolgungsmaßregeln angedacht werden oder nicht, muß sich bald zeigen, nachdem fast alle Legationen wieder zu Haus sind. — Der Schwurgerichtshof in Freiburg hat mehrere am Verbrechen theilhabende und fällige Personen zu 30jähriger Verbannung und der Gügenkenhaft verurtheilt.

Am 27. November der Ständerath dem Beschlusse der Nationalrathe bei, wovon der Bundesrath einmüthig sein soll, die Unterhandlungen mit den süddeutschen Staaten wieder aufzunehmen. Sollten sie jedoch zu keinem günstigen Ziele führen, so ist es beauftragt, die Forderungen einzuweisen zu lassen. Damit wäre nun wenigstens die Schweizerische Forderung, was nun Deutschland auf seinen Beschlüsse beharren oder nicht, der Versuch, den die Schweiz durch Aufnahme der süddeutschen Selbstregierungen erzieht, wird auf 800,000 Wd. angesetzt.

**Paris, 1. September.** Ahermals haben 10 Generalräthe, im Ganzen also 46, für Revision, dagegen im Ganzen erst vier für Kündigung des 8. Art der Verfassung, nach welchem der Präsident nicht wieder gewählt werden darf, gekümmert. Der Generalrath von Gorge verlangt außerdem, daß die Wahlen zur neuen Nationalversammlung nicht zu gleicher Zeit in einigen Frankreich, sondern im December oder Januar (außer dem Wahl) nach und nach stattfinden sollen.

Der Disziplinarrath der Wissenschaften bezogener Appellhof hat die drei Vertheilungen, welche in dem benannten Beschlusse von der Vertheilung abhingen, auf den 9. v. zur Bewandlung vorgelegt.

### Königstädtischer Gesundheitspflege-Verein.

Nach Beschluß der Generalversammlung v. 16. v. M. sind die Bemühungen der Bezirke 70a, 70b, 71 u. 88a-91, u. heute ab zur Aufnahme in den Verein beschickt. Die Aufnahme findet bei den Herren Kaufleuten Hof, Rosenstraße 63, Steinbock, N. Königsf. 60, Aelter, Altmarktstr. 66, u. Ebner, Dreßgasse 7. Der Verwaltungsrath.

### Königstädtischer Gesundheitspflege-Verein.

Nach Beschluß der Generalversammlung v. 16. v. M. wird der Herr Dr. Mittel wohnhaft Holzmarktstr. 5, vom heutigen Tage ab als zweiter behandelnder Arzt des Vereins ange stellt. Der Verwaltungsrath.

### Vorstädtisches Theater.

Heute Donnerstage. Concert. Hierzu zum letzten Male: Die Verlobung vor der Krone, komisches Gemälde mit Gesang in 3 Akten. Anfang des Concerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr. Billets, welche für das Sommer-Theater gelöst wurden, haben heute zum letzten Male Gültigkeit; dies zur Nachricht für die resp. Inhaber solcher Billets.

Krieger's Kaffeehaus, Gartenstr. 10. Heute Donnerstag: Tilly, oder die Erkennung v. Magdeburg. G. Kreudenberg.

### Horus Vocal, Schönhauser-Allee 149.

Jeden Donnerstag Tanz.

### Unions-Haus,

Rieder, Wallstraße Nr. 11.

Donnerstag: Concert. Dasselbe findet im Saale statt. Entree nach Belieben. Anfang 7 Uhr. Pontis Schülz.

### Deutscher Saal.

Heute: Concert u. Ball. Eröffnung 8 Uhr. G. Gracbert. NB. Das Nähernde der Stunde wird verleben.

Jeden Donnerstag und Freitag werden auf meiner bestbelegten Kegelbahn fette Wurst, Schinken und Würste angezogen. G. Vahlmann, Schönhauser-Allee 148.

Die Eröffnung meines Bairischen Bier-Beschäftes, Neue Grundstraße Nr. 28, erlaube ich mir hierdurch ergebenst anzuzeigen, und zum Besuch freundlich einzuladen.

Berlin, den 1. September 1851. Ergebenster

F. W. Dierich.

ausgegeben in der Druckerei von G. W. Dierich, Berlin, am 1. September 1851.

### Sechsfarbige Doppel-Gattine

in neuen Mustern a 3 und 31 Sgt. empfiehlt

J. Singer, Schöneberg, 62.

Alles Eisen, Metall u. weiches Glas wird gefast Friedrichstr. 121.

Gründe Vertheilung finden, Vertheilung bei

V. J. Thonert, Grolleitenstr. 88.

1. Briefe d. Buchhändler wird. u. weibe sich Grämlichheit, 12. Mädchen, welche Schule einlassen können oder dastische erlernen wollen, wegen ich meinen Kellerei, 108. St. Prange.

Welche Aufseherinnen u. Dreherinnen werden in u. außer dem Hause dauernd beschäftigt ge. Frankfurterstr. 66, 2. Etz. v. Ein Briefe der Lügner werden wdh, kann ich meinen beim Kellereimeister Brause, Drosselstr. 26.

1. Briefe u. verl. Drehter, 17. beim Köpferstr. Brunf.

### A. L. O.

Druck von W. Vermeire in Berlin.

Kommensstraße 7.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Gundert in Berlin.

Berlin,

Verlag von Neuber & Neumann.